

Kirchenexperten fordern Verbot der "Fortpflanzungsarbeit"

Wiener Bioethikinstitut IMABE: Solidarität der Feministinnen gegen Leihmutterschaft und Kinderverkauf als neue Formen erniedrigender Frauenarbeit nötig - Auch Europaparlament sieht Widerspruch zur Menschenwürde

Wien, 11.01.2016 (KAP) Vehementen Einsatz der österreichischen Regierung für ein weltweites klares Verbot der Leihmutterschaft fordert das Institut für Medizinische Anthropologie und Bioethik (IMABE). Die bei der "Fortpflanzungsarbeit" vorherrschende Logik von "Kind als Qualitätsprodukt" sei für Kinder und Frauen erniedrigend und entwürdigend, zudem würden die Mechanismen der Vermarktung Menschenhandel gleichen, kritisierte die Geschäftsführerin der unter Patronanz der Bischofskonferenz stehenden Facheinrichtung, Susanne Kummer, in einer "Kathpress" vorliegenden schriftlichen Stellungnahme. Erst Mitte Dezember hatte auch das Europaparlament auf ein weltweites Verbot von Leihmutterschaft gedrängt.

Binnen kürzester Zeit habe sich Leihmutterschaft zum globalen Wirtschaftszweig etabliert, gesellschaftliche kritische Diskurse darüber fehlten jedoch völlig, bemängelte Kummer. Dies nachzuholen sei dringend erforderlich, wolle doch die Den Haager Konferenz für Internationales Privatrecht (HCCH) noch im Jahr 2016 Leihmutterschaft international regeln, samt Festlegung von Mindeststandards. "Dies käme einer internationalen Legalisierung gleich", warnte die Bioethikerin.

Widerstand dagegen formiert sich derzeit unter Federführung des europaweit vernetzen und von französischen Feministinnen gegründeten Vereins "Collectif pour le Respect de la Personne" (CoRP), der die Faktenlage mit einem internationalen Expertenhearing Anfang Februar in der Pariser Nationalversammlung abstecken will. CoRP fordert ein internationales Übereinkommen gegen die entwürdigenden Formen des "Reproduktions-Tourismus" und setzt Leihmutterschaft auf eine Stufe mit Sklaverei: Schließlich könnten weder der Körper der Frau, noch die Geburt, noch ein Kind selbst in einem System von Produktion und Warenaustausch gehandelt werden, ohne dass dabei die Rechte des Einzelnen grob verletzt werden, so die Argumentation.

Auch in Österreich sei es "höchste Zeit, aufzuwachen und sich Schulter an Schulter gegen die Ausbeutung von Frauen zu verbünden", mahnte Kummer. Sie erwarte sich eine "deutlichere Solidarität hiesiger Feministinnen", um sich gegen die weltweite Entstehung einer neuen Form von Frauenarbeit - der "Fortpflanzungsarbeit" - zu wehren.

Probleme wie Bezahlung und Bindung

Eine "ethische Leihmutterschaft" gebe es nicht, so die Bioethikerin - "das ist ein Widerspruch in sich". Es verschleierte nur wesentliche Kritikpunkte, wenn von "Freiwilligkeit und Altruismus" der Leihmütter gesprochen werde, spiele doch Geld immer eine Rolle: "Selbst dort, wo Leihmutterschaft kommerziell verboten ist, gibt es Aufwandsentschädigungen, die häufig Quasi-Bezahlungen gleichkommen." Selbstverständlich müsse es Grenzen der Vermarktung des eigenen Körpers geben, "sonst müssten wir ja auch das Verbot des Organhandels aufgeben".

Hinzu komme laut Kummer die Tragik jener Frauen in prekären finanziellen Situationen, die sich als Fortpflanzungsarbeiterinnen anbieten: Zum Problem würden sowohl die gesundheitlichen Folgeschäden als auch die sich entwickelnde starke Bindung zum Kind. Manche Frauen wollten und könnten das Kind nach Geburt nicht an die Besteltern abgeben. "Die Frauen sollen aber wie eine Maschine, wie ein Brutkasten funktionieren, sie haben kein Recht darauf, Gefühle zu entwickeln", kritisierte die IMABE-Geschäftsführerin.

Zu welchen konkreten Situationen dies in der Praxis führen kann, zeigt das Beispiel einer US-amerikanischen Leihmutter, die sich im Dezember öffentlich gegen eine vom

Bestellvater eingeforderte Abtreibung eines Drillings gewehrt hatte. Vertraglich erzwungen kann auch die Abtreibung eines behinderten Kindes werden, wobei sich weigernden Frauen die Gebärprämie nicht ausbezahlt wird.

EU-Parlament spricht von "Ausbeutung"

Als erstes Signal seitens des EU-Parlaments gilt eine Stellungnahme vom 17. Dezember 2015, bei der in einer Lagebeschreibung der Menschenrechte und Demokratie in der Welt beim Kapitel "Rechte der Frau und jungen Mädchen" die "Ersatzmutterschaft" als "Herabsetzung der Menschenwürde von Frauen" bezeichnet wurde. Ihr Körper und die reproduktiven Funktionen würden dadurch "als Ware genutzt werden", hieß es im Entschließungsantrag des Berichterstatters Cristian Dan Preda (EVP). Leihmutterschaft, die besonders Frauen in Entwicklungsländern betreffe, stelle demnach eine reproduktive Ausbeutung dar und müsste untersagt werden, weshalb deren internationales Verbot anzustreben sei. Völkerrechtlich wäre ein allgemeines Verbot der Leihmutterschaft und des Verkaufs von Kindern in Europa laut Experteneinschätzungen möglich.

Bei einem früheren Anlauf für den Entschließungsantrag zur Leihmutterschaft erst im November 2015 war es zu einem Eklat gekommen: Die Pariser Sitzung musste abgebrochen werden, da sich herausstellte, dass die belgische Berichterstatterin des Sozialausschuss des Europarates und Vorbereiterin des Antrages, die Grünen-Abgeordnete Petra de Sutter, als Reproduktionsmedizinerin selbst in das Geschäft der Leihmutterschaft involviert ist. Wegen Unvereinbarkeiten und Verdacht von Interessenskonflikten wird nun geprüft, ob de Sutter von ihrer Funktion als Berichterstatterin abgesetzt werden soll.